

FRANKREICH

Gedränge von links

Rund zehn Monate vor der Wahl eines neuen Präsidenten ist im Lager der regierenden UMP nur noch ein ernst zu nehmender Kandidat übrig. Trotz einer ungewöhnlichen Solidaritätsadresse von Amtsinhaber Jacques Chirac kündigte Premier Dominique de Villepin vorige Woche seinen Abschied von allen „präsidialen Ambitionen“ an. Der Verzicht scheint für den durch Krisen, Affären und Fehltritte schwer angeschlagenen Regierungschef allerdings mehr als folgerichtig. Unumstrittener Favorit ist nunmehr de Villepins Konkurrent, Parteichef und Innenminister Nicolas Sarkozy. Dafür macht in der Sozialistischen Partei (PS) inzwischen eine ganze Garde alter Männer dem neuen weiblichen Star Ségolène Royal das Leben schwer. An der Spitze der sogenannten Elefanten werben unter anderen Ex-Premier Laurent Fabius sowie die Ex-Minister Dominique Strauss-Kahn und Jack Lang um die Gunst ihrer Partei. Besonders pikant:

Auch Parteiführer François Hollande wähnt sich noch im Rennen – der Mann von Madame Royal. Zu allem Überfluss signalisiert neuerdings auch noch der frühere Regierungschef Lionel Jospin sein Interesse, der 2002 im ersten Wahlgang kläglich gegen Jean-Marie Le Pen vom rechtsextremen Front national unterlegen war. Jospin will allerdings nur antreten, „wenn es so aussieht, dass ich am besten in der Lage wäre, Sozialisten wie Linke zu sammeln“.



Royal, Hollande

DEMANGE FRANCIS / GAMMA / STUDIO X

SCHWEIZ

Hilfe vom Paten

Ausgerechnet mit Hilfe eines verurteilten kolumbianischen Drogenbosses wollte Bundesanwalt Valentin Roschacher den eidgenössischen Finanzplatz säubern. Weil er sich dabei zum Narren halten ließ, fordern Politiker und Presse nun den Rücktritt des obersten Schweizer Strafverfolgers. Roschacher hatte 2002 den in den USA inhaftierten Paten José Manuel Ramos, einen Top-Gangster des Medellín-Kartells, mit Einverständnis der amerikanischen Behörden nach Zürich holen lassen und ihm einen Vorschlag unterbreitet: Er solle eine Sondereinheit der Kripo beim Aufspüren Schweizer Konten unterstützen, die internationalen Drogenhändlern gehörten. Doch der Mann, der sich für seine Tätigkeit angeblich nur mit einem „Taschengeld“ und großzügigen Spesenzahlungen belohnen ließ, verfügte keineswegs über die erwünschten nützlichen Informationen. Er versorgte die Beamten stattdessen mit Gerüchten, die er im Zürcher Rotlichtmilieu aufgeschnappt haben soll. Die Fahnder gingen seinen Hinweisen mit großem Aufwand nach, verwanzten Häuser und observierten Verdächtige. Gestützt auf Ramos' Behauptungen, eröffnete die Bundesanwaltschaft schließlich ein Verfahren wegen Geldwäsche gegen einen Zürcher Privatbankier. Doch die Anschuldigungen ließen sich bis heute nicht erhärten. Zwei unabhängige Untersuchungen sollen nun Licht in die Affäre bringen. Bundesanwalt Roschacher schließt einen Rücktritt aus und beklagt, die Vorwürfe gegen ihn seien „rufschädigend“.



Präsident Bush in der Mongolei (November 2005)

ZENTRALASIEN

Vorposten des Westens

Die Mongolei ist auf dem besten Weg, zu einem neuen und strategisch wichtigen Stützpunkt Amerikas in Zentralasien aufzusteigen. Gerade mal fünf Monate im Amt, kündigt Regierungschef Miyegombyn Enkhbold eine „bessere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik“ an und will dafür seine Partner „genau definieren“. Wer die sein sollen, liegt auf der Hand. US-Präsident George W. Bush lobt Dschingis Khans Erben auf dem Weg in die junge Demokratie gern als ein „Beispiel für Erfolg“, und die revanchieren sich auf ihre Weise: Während andere Länder ihre Truppen aus dem Irak abziehen, bleibt Ulan Bator mit rund 130 seiner „furchtlosen Krieger“ (Bush) in der Koalition der Willigen.

Im August geben die Mongolen den USA erstmals die Gelegenheit zu einem großangelegten militärischen Manöver in dem Steppenland, das eingekeilt zwischen Russland und China liegt. 13 Länder sollen sich an der internationalen Truppenübung beteiligen, bei der Washington „die Hauptrolle“ spielt, so Enkhbold. Die großen Nachbarn aber müssen sich ebenso wie Südkorea und Japan als „Beobachter“ zufriedengeben. Die neue Partnerschaft ist ein reizvolles Gegengeschäft für beide Seiten. Die Mongolei könnte eine Alternative zur US-Präsenz in Usbekistan bieten; von dort musste Washington im November seine Truppen abziehen. China drängt zudem in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit mit Russland, Kirgisien, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan auch auf einen Rückzug aller anderen US-Truppen aus der Region. Die Mongolei wiederum möchte sich durch „außenpolitische Emanzipation“ bis spätestens 2010 als „Partner und Vorposten des Westens“ und „wichtiges Mitglied der Uno“ anordnen, so ein EU-Diplomat in Ulan Bator.

